

TAGESORDNUNG

- 1 **Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**
 - 2 **Bericht des Prüfungsausschusses**
 - 3 **Rechnungsabschluss 2015**
 - 4 **12. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes**
 - 5 **Asphaltierung Augasse**
 - 6 **Interessentenbeitragsverpflichtung – Erforderniserhöhung des Bauvorhabens „Schwechat in Alland – lineare Maßnahmen“**
 - 7 **Regionales Förderprojekt Breitband der Gemeinden Klausen-Leopoldsdorf, Alland und Heiligenkreuz**
 - 8 **Berichte des Bürgermeisters und Allfälliges**
- Nicht öffentliche Sitzung
- 9 **Gegenschrift an LVwG Niederösterreich in der Causa Fam. Steiner**
 - 10 **Personalangelegenheiten**

Bürgermeister Dipl.-Ing. Köck eröffnet die Sitzung und begrüßt den Gemeinderat sowie die zahlreichen Zuhörer zur ersten Gemeinderatssitzung im neuen Jahr. Köck stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und entschuldigt GR Mag. Sonnleitner sowie GR Paunovic. Er erteilt das Wort an GR Dipl.-Ing. Dollensky, welcher zwei Dringlichkeitsanträge gemäß § 46 Abs. 3, NÖ Gemeindeordnung, den Gemeinderäten zur Kenntnisnahme bringt.

Dringlichkeitsanträge

1) Bausperre: GR Dollensky verliest den ersten Dringlichkeitsantrag betreffend Bausperre gemäß § 26 NÖ Raumordnungsgesetz im Grünlandbereich zwischen den Siedlungsgrenzen von Alland und Mayerling, südlich der Schwечат bis zur Waldgrenze am Abhang des Buchberges und ersucht den Gemeinderat diesen in die Tagesordnung aufzunehmen zu beschließen, um den wertvollen Natur- und Naherholungsraum in der derzeitigen Form zu erhalten (sh. Anhang). Er begründet dies mit den im Gremium bekannten Bestrebungen, hier Bauwerke zu errichten. GR Dollensky beantragt daher für das genannte Gebiet eine befristete Bausperre zu verhängen, bis das neue Entwicklungskonzept mit dort ausgewiesenen Freihalteflächen etc. umgesetzt sei.

Der Bürgermeister bekennt sich zum Schutz der genannten Naturräume, verweist jedoch darauf, dass das im Nachhinein für ein bereits beim Verwaltungsgericht anhängiges Verfahren in diesem Gebiet zu spät komme und jede neue Einreichung ohnehin vorab wieder Vorprüfungen und gutachterliche Stellungnahmen bedingen. Er sieht daher keine Gefahr oder Notwendigkeit den gestellten Antrag dringlich im Gemeinderat abhandeln zu müssen. Köck nennt den Bauausschuss, der mit diesen Themen befasst ist. Der zuständige Ausschuss-Obmann, Gf.GR Rapold, verweist auf die Bauausschusssitzung vom 15. März 2016, wo auch die Inhalte des Entwicklungskonzeptes angesprochen worden sind. Im Rahmen der nächsten Bauausschusssitzung am 18. April 2016 wird der beim letzten Mal erkrankte und zuständige Raumplaner Dipl.-Ing. Hackl wieder eingeladen sein. Mögliche Freihaltezonen werden ein Thema sein. Gf.GR Rapold warnt vor Schnellschüssen, da es auch viele andere Punkte in Alland in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen gelte. Inhaltlich stimmt Gf.GR Perl dem Schutz dieser Region zu, ortet aber juristische Unsicherheiten bei der Fixierung einer

Bausperre, die vorab überprüft werden müssten. GR Burger kritisiert, den Zeitpunkt der Einbringung des Dringlichkeitsantrages. Seiner Ansicht nach hätte man das schon in der Bauausschusssitzung ankündigen können. Der Bürgermeister spricht sich abschließend für eine parzellenscharfe Festlegung von Freihaltezonen aus. GR Dollensky weist nochmals auf § 26 des NÖ. Raumordnungsgesetzes und die Sinnhaftigkeit einer Bausperre hin.

Köck verweist auf die nächste GR-Sitzung am 29. Juni 2016. Hier soll dieses Thema gut vorbereitet nochmals zur Diskussion gestellt werden. Über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages in die aktuelle Tagesordnung stimmen die Gemeinderäte wie folgt ab:

ÖVP	dafür	0	dagegen	11
SPÖUBA	dafür	0	dagegen	7
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	nicht	anwesend		

2) Resolution – Reduktion Lkw-Verkehr, B210: GR Dollensky erläutert den zweiten Dringlichkeitsantrag und ersucht den Gemeinderat um Beschlussfassung einer Resolution an die zuständige Verkehrsbehörde mit dem Ziel den Lkw-Verkehr auf der B210 im Helenental zum Schutz des Natur- und Erholungsraumes und der Anrainer in den betroffenen Gemeinden zu reduzieren. Dollensky weist im Zuge der Auseinandersetzungen der „Spange Alland“ auf das gemeinsame Bemühen einer Verkehrsberuhigung hin und den Grundkonsens aller Fraktionen sich für eine Entlastung der Allander Bevölkerung auszusprechen. Im Zuge der Diskussionen um die Spange Alland seien auch andere Gemeindevertreter für eine Reduktion des Durchzugsverkehrs im Helenental eingetreten, selbst bei der NÖM signalisierte man Gesprächsbereitschaft Transporte (Milch, Fertigprodukte) oder Leerfahrten im Helenental zu dezimieren.

Der Bürgermeister ersucht nach einhergehender Diskussion im Gemeinderat diesen Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	nicht	anwesend		

Tagesordnungspunkt 1.1., Resolution – Reduktion Lkw-Verkehr, B210

GR Dollensky verliest die Resolution (sh. Anlage) und spricht sich für eine gemeinsame und einstimmige Unterstützung des Gemeinderates aus. Er rechnet in dieser Angelegenheit auch mit Schützenhilfe seitens der Nachbargemeinden Heiligenkreuz und Baden. Die Angelegenheit sowie mögliche Ausnahmebestimmungen und Regelungen sollten dann mit der zuständigen Verkehrsbehörde bzw. auch mit dem Land gemeinsam besprochen werden.

Bürgermeister Köck folgt der Argumentation und spricht sich für eine baldige Terminvereinbarung mit der Bezirksverwaltungsbehörde Baden aus. Dazu will er auch seine Bürgermeisterkollegen aus Heiligenkreuz und Baden einladen. Gf.GR Perl begrüßt diese Vorgehensweise und gibt dem Resolutionsantrag vollinhaltlich Recht.

Der Bürgermeister bringt den neuen Tagesordnungspunkt zur Abstimmung. Der Gemeinderat beschließt die Resolution einstimmig:

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	nicht	anwesend		

Tagesordnungspunkt 1.2., Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Bürgermeister Dipl.-Ing. Köck verweist auf das letzte Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 16. Dezember 2015. Da keine schriftlichen Stellungnahmen bis zum Sitzungsbeginn eingelangt sind, ist das Protokoll genehmigt. Das Protokoll wird von allen namhaft gemachten Parteimitgliedern und Zeichnungsberechtigten unterfertigt.

Tagesordnungspunkt 2, Bericht Prüfungsausschuss

Prüfungsausschuss-Mitglied GR Georg Baden berichtet stellvertretend über die letzte Prüfungsausschusssitzung am 23. Februar 2016 unter dem Vorsitz von GR Mag. Klaus Sonnleitner. Schwerpunkt der angekündigten Prüfung war der Rechnungsabschluss 2015.

GR Baden betont, dass das Vorjahr mit einem Überschuss abgeschlossen wurde. Außerdem wurden die Überziehungsrahmen und Kredite neu verhandelt, sodass rund 15.000 € im Vorjahr eingespart worden sind. Unklar sei man sich über die Bewertung des im RA 2015 (sh. Anlagennachweis, Seite 180) ausgewiesene „ehemalige Oswaldhaus“, Hauptplatz 137. Nach einem früheren GR-Beschluss sollte es nur knapp 200.000 € Wert sein, im Anlagennachweis werden jedoch 419.411 € ausgewiesen. Auffällig sind auch die hohen Rechts- und Beratungskosten. Die Gesamtkosten der Volksbefragung beliefen sich in Summe auf rund 13.000 € inkl. der hierfür angefallenen Druck- und Portokosten (Wahlkarten etc.).

GR Baden begrüßt abschließend noch einen Beschluss der letzten Gemeindevorstandssitzung, welcher besagt, dass ab einem Auftragsvolumen ab 10.000 € mindestens 3 Angebote eingeholt werden müssen.

Stellungnahme des Kassenverwalters und des Bürgermeisters:

KVW Harald Sieder begründet die höhere Objekt-Bewertung des Oswaldhauses mit der zugrundeliegenden Gebäudeversicherungspolizze. Für eine genaue Bewertung müsste ein Sachverständiger gutachterlich tätig werden. Abwarten müsste man auch noch die gesetzlichen Grundlagen und Bewertungsempfehlungen der neuen VRV-Verordnung. Bürgermeister Köck schlägt vor, die Bewertung des Oswaldhauses im nächsten Rechnungsabschluss auf den tatsächlichen Kaufpreis anzupassen.

Betreffend Rechtsberatung bekundet Bürgermeister Köck, dass sich hier neben einem Schadenersatzfall auch zwei schwierige Fälle beim Verwaltungsgericht niederschlagen. Stellungnahmen mussten auch an die Volksanwaltschaft abgegeben werden. Im Zuge der Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung benötige man zunehmend mehr Rechtsbeistand.

Die Anordnung der Volksbefragung verteidigt der Bürgermeister. Erstmals wurde damit die Entscheidungsfindung mittels direkter Demokratie eröffnet. Der Aufwand der Volksbefragung war hoch, ist aber auch den Projektkosten der Spange Alland gegenüberzustellen.

Da es keine Wortmeldungen mehr zum mündlichen Bericht des Prüfungsausschusses gibt, ersucht der Bürgermeister um ein Zeichen der Zustimmung. Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Prüfungsausschusses einstimmig zur Kenntnis.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	nicht anwesend			

Tagesordnungspunkt 3, Rechnungsabschluss 2015

Bürgermeister Köck dankt KVW Sieder für die Erstellung des Rechnungsabschlusses 2015. Sieder verliest daraus die Ergebnisse der Sollrechnung der Ein- und Ausgaben in den einzelnen Gruppen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts. Der Gesamtabchluss des OH weist 2015 einen Überschuss von 85.130,03 € aus. Im AOH schlägt sich ein Überschuss von 79.070,23 € zu Buche. Die Jahresergebnissumme beträgt somit 164.200,26 €. In Summe hat sich der Schuldenstand von 5.996.544,42 € auf 5.397.244,44 € verringert.

Die Gemeinderäte begrüßen diese Entwicklung, da 2015 auch neue Darlehen in der Höhe von rund 490.000 € aufgenommen wurden. Bürgermeister Köck spricht sich aufgrund der Kostendeckung in den marktbestimmenden Betrieben gegen Gebührenerhöhungen im Jahr 2016 aus. GR Dollensky beurteilt dies positiv, da nach der jüngsten Steuerreform mehr „Netto vom Brutto“ beim Bürger bleiben soll und das nicht durch zusätzliche Abgabenleistungen zunichte gemacht werden soll. Gf. GR Perl fragt beim KVW nach, wie es sich mit den ausgewiesenen Einnahmerückständen im Rechnungsabschluss verhält. Sieder begründet diese unter anderem mit gebuchten Abgabensummen aus Vorschreibungen (Soll-Buchungen), welche noch nicht einbezahlt wurden. Bürgermeister Köck bekräftigt zudem strikte Bemühungen seitens der Verwaltung säumige Zahler in die Pflicht zu nehmen. Das Mahnwesen, inkl. Rückstandsausweise, wird 2016 weiter im Auge behalten.

Der Gemeinderat bringt zum Tagesordnungspunkt keine Anträge ein. Bürgermeister Köck ersucht um Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2015. Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	nicht anwesend			

Tagesordnungspunkt 4, 12. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes

Bürgermeister Köck verweist auf die Kundmachung gemäß dem NÖ. Raumordnungsgesetz im Zeitraum von 3. Dezember 2015 bis einschließlich 14. Jänner 2016. Seitens der umliegenden Gemeinden wurden alle Kundmachungen retourniert, aus den Nachbargemeinden sind keine Stellungnahmen eingetroffen. In Alland selbst gab es einen Einspruch mit Ergänzung gegen die beabsichtigte Änderung im Raumordnungsprogramm von Herrn DI Dr. Herbert Lamche (Posteingang am 7. Jänner 2016) sowie eine Stellungnahme von Herrn Mag. Tibor Pásztor (12. Jänner 2016). DI Thomas Hackl, 2551 Enzesfeld-

Lindabrunn, hat zu beiden Schreiben eine fachliche Stellungnahme abgegeben. Zudem hat auch der Bürgermeister eine Stellungnahme an die Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht (RU1) weitergeleitet. Sämtliche Schreiben und Stellungnahmen (sh. Anlage) wurden zur Durchsicht und Sitzungsvorbereitung bereits vorab an den Gemeinderat zugesandt.

Der Bürgermeister erinnert an den Grundsatzbeschluss des Gemeinderates der Marktgemeinde Alland am 16. Dezember 2015 zum Tagesordnungspunkt 10. In diesem Beschluss hat sich der Gemeinderat, vorbehaltlich noch eintreffender Stellungnahmen, einstimmig für die geplante 12. Änderung des Raumordnungsprogrammes ausgesprochen. Die in der Kundmachungübersicht der geplanten Änderungen im Flächenwidmungsplan angeführten Punkte 3 und 4 wurden in diesem Grundsatzbeschluss vom Gemeinderat bereits abgelehnt und daher auch in den Planausfertigungen für die RU1 nicht mehr berücksichtigt.

Bürgermeister Köck ersucht den Gemeinderat nach Erörterung aller vorliegenden Schreiben um Beschlussfassung der laut Grundsatzbeschluss zugrundeliegenden Punkte der 12. Änderung des Raumordnungsprogrammes und bringt den Verordnungsentwurf zur Verlesung. Der Gemeinderat stimmt der 12. Änderung des ROP sowie der kundzumachenden Verordnung einstimmig zu:

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	nicht anwesend			

Der Bürgermeister dankt den Gemeinderäten und informiert über die weitere Vorgehensweise. Sämtliche Unterlagen sollen in den nächsten Tagen im Original an die Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht (RU1) übermittelt werden. Die Verordnung tritt erst nach ihrer Genehmigung durch die NÖ Landesregierung und nach ihrer darauffolgenden Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Tagesordnungspunkt 5, Asphaltierung Augasse

Bürgermeister Köck informiert, nach einem Beschluss des Gemeindevorstandes am 24. Februar 2016, dieses Bauvorhaben nach einem festgelegten Leistungskatalog ausgeschrieben zu haben. Die Anbotsöffnung erfolgte am 15. März 2016 im Rahmen einer Bauausschuss-Sitzung. Insgesamt sind vier Angebote eingelangt. Gf.GR Rapold nennt die Firmen und Brutto-Anbotssummen: Steiner Bau (65.437,88 €), Lang und Menhofer (78.761,94 €), Terrag-Asdag (71.192,16 €) und Abo Asphalt (77.657,18 €). Sämtliche Positionen stimmen mit dem geforderten Leistungsumfang überein. Die Empfehlung des Ausschusses lautet daher, die Asphaltierung an die Fa. Steiner Bau zu vergeben. Der Bürgermeister kündigt an, dieses Vorhaben schnellstmöglich in Angriff nehmen zu wollen. Der Ordinationsbetrieb von Dr. Pal soll ungestört aufgenommen werden können. Bürgermeister Köck lässt über den empfohlenen Zuschlag mit folgendem Ergebnis abstimmen:

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	0	dagegen	0; 1 Enthaltung
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 6,
Interessentenbeitragsverpflichtung – Erforderniserhöhung des
Bauvorhabens „Schwechat in Alland – lineare Maßnahmen“**

Der Bürgermeister verliest ein Schreiben der NÖ Landesregierung, in welchem am 22. Dezember 2015 eine für die Realisierung der Hochwasserschutzmaßnahme „Schwechat in Alland; Hochwasserrückhaltebecken – lineare Maßnahmen (Mehrkosten)“ notwendige Unterstützung zugesagt wird. Von den tatsächlich durch die Marktgemeinde Alland für dieses Projekt entrichteten Beiträgen werden darin 37,50 Prozent als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt.

Bürgermeister Köck ersucht deshalb nachstehenden Beschluss im Gemeinderat zu fassen:

1. Die Marktgemeinde Alland stimmt der Erforderniserhöhung des Bauvorhabens „Schwechat in Alland, Hochwasserschutz – lineare Maßnahmen“ zu.
2. Die Marktgemeinde Alland anerkennt die Erhöhung des veranschlagten Erfordernisses der Maßnahme von 2,4 Mio. € auf 3,2 Mio. € und verpflichtet sich zur Erhöhung der Leistung eines Interessentenbeitrages von 552.000 € auf 694.600 €.
3. Die Marktgemeinde Alland nimmt den gemeinsam mit der Abteilung Wasserbau erstellten Finanzierungsplan zur Kenntnis und ist in der Lage, die erforderlichen zusätzlichen Interessentenmittel wie folgt aufzubringen.
Gemeindeanteil 2015: 142.600 €

In diesem Zusammenhang sind insgesamt vier Bankinstitute der Region (Hypo Noe Gruppe, Sparkasse Baden, Volksbank Wien-Baden sowie der Raiffeisen Regionalbank Mödling) zur Zwischenfinanzierung des noch offenen Hochwasserschutz-Gemeindeanteils seitens der Marktgemeinde Alland eingeladen worden. Der späteste Fälligkeitstermin des beantragten Darlehens (150.000 €) wurde mit 31.12.2016 angegeben. Alle Offerte trafen pünktlich zur Anbotsfrist bis 14. März 2016 in einem verschlossenen Kuvert im Gemeindeamt ein. Die Anbotsöffnung erfolgte im Rahmen einer Bauausschusssitzung am 15. März 2016.

Folgende Effektivzinssätze stehen zur Entscheidung:

- a) Sparkasse Baden: 1,25%
- b) Volksbank Wien-Baden: 2,5725%
- c) Hypo Noe Gruppe: 1,50%
- d) Raiffeisen Regionalbank Mödling: 0,79%

Der Bauausschuss-Obmann Gf.GR Martin Rapold empfiehlt dem Gemeinderat das Angebot der Raiffeisen Regionalbank Mödling in Anspruch zu nehmen. Bürgermeister Köck stellt den Antrag dieser Empfehlung stattzugeben und ersucht um ein Zeichen der Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig das Darlehen an die Raiffeisen Regionalbank Mödling zu vergeben.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	nicht	anwesend		

**Tagesordnungspunkt 7,
Regionales Förderprojekt Breitband der
Gemeinden Klausen-Leopoldsdorf, Alland und Heiligenkreuz**

Bürgermeister Köck berichtet von einem Schreiben der Gemeinde Klausen-Leopoldsdorf, in welchem sein Bürgermeisterkollege um Unterstützung des regionalen Förderprojektes Breitband gemeinsam mit den Gemeinden Alland und Heiligenkreuz ersucht. Um eine Förderung vom Regionalmanagement in Anspruch nehmen zu können, stellt Bürgermeister Köck den Antrag einen Gemeinderatsbeschluss mit der Absichtserklärung zu fassen, dass sich die Marktgemeinde Alland für das Breitband interessiert.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig für.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	nicht	anwesend		

**Tagesordnungspunkt 8,
Berichte des Bürgermeisters und aus den Ausschüssen**

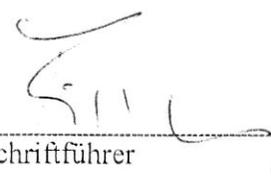
- ✓ Der Bürgermeister erzählt von den Bauprojektplänen in Mayerling mit 25 Wohneinheiten (Heimat Österreich). Weiters sollen 13 kleinere Einfamilienhäuser in der Herrengasse errichtet werden und nach dem geplanten Abriss der „Gipshütte“ ein Neubau mit 16 neuen Wohnungen entstehen. Im Rahmen des letztgenannten Projektes ist auch eine Verkehrsverhandlung (BH Baden) geplant, um die Ausfahrtsituation zu entschärfen. Unter anderem soll die Ortstafel versetzt werden. Zudem spricht er sich für Geschwindigkeitsreduktionen und die Aufstellung eines Verkehrsspiegels aus.
- ✓ Die 2. Ausbautappe der Kläranlage ist in Fertigstellung, laut Bürgermeister soll das neue Becken (für 5.000 zusätzliche EWG) in Kürze in Betrieb gehen können.
- ✓ Volksbefragung „B210 – Spange Alland“: Der Bürgermeister kündigt baldige Gespräche mit den betroffenen Grundeigentümern an. Informationen darüber werden den Gemeinderäten rechtzeitig zugehen.
- ✓ Nach der erfolgreichen Einreichung aller Unterlagen soll der neue Radwegabschnitt Helenental – Mayerling am 4. April 2016 wieder zur Verhandlung gelangen. Sobald es grünes Licht von allen Beteiligten gibt, wird Ing. Ernst Fischer von der Straßenbauabteilung mit den Ausschreibungen starten. Der Bürgermeister hofft, auf eine baldige und zügige Verwirklichung des Projektes.
- ✓ Köck berichtet auch von Bemühungen gemeinsam mit dem Ökopunkte-Verein einen Themenweg mit konkreten Botschaften der Landwirtschaft umsetzen zu wollen. Ein schmaler Schotterweg soll beginnend vom REHAB-Zentrum in Groisbach bis nach Alland entlang des Kanals ausgebaut werden und mit regionalen Hinweisschildern aufgewertet werden, um einen besucherfreundlichen Naherholungsraum zu schaffen, der die beiden Ortschaften gut miteinander verbindet. Das Rehab-Zentrum signalisierte bereits, sich an den Kosten des Themenweges beteiligen zu wollen, auch seitens des Landes NÖ könne mit finanzieller Unterstützung gerechnet werden. Der Bürgermeister beziffert den Gemeindeanteil mit rund 20 Prozent der Gesamtkosten.

- ✓ Gf.GR Rapold nimmt als Obmann Stellung zur Bauausschusssitzung am 15.3.2016. Neben den bereits besprochenen Angeboten war auch das geplante Sicherheitszentrum ein Thema. Zur Diskussion stand auch das Entwicklungskonzept, welches bis zum Sommer abgeschlossen sein soll. Die nächste Bauausschusssitzung ist für 18. April geplant. An dieser soll auch der Raumplaner DI Hackl und Verkehrsexperte DI Paikl, welcher auch den Verkehrsausschuss berät, teilnehmen.
- ✓ Bei der letzten Sitzung des Ausschusses der NMS Alland wurde der zuletzt geforderte Sanierungsplan wieder verworfen. Die Fa. Kosaplan ist nun beauftragt, Vorschläge und Kostenschätzungen für einen Neubau zu erheben. Neu gebaut werden könnte etwa in der Nähe des bisherigen Standorts auf zwei dahinterliegenden Bauparzellen, im Gegenzug wäre am jetzigen Schulareal Platz für die Sportstätten. Eine weitere Überlegung ist, den Schulstandort in den Pfarrgarten von Alland zu verlegen. Gespräche dazu sollen mit Hauptökonom Pater Markus Rauchegger vom Stift Heiligenkreuz aufgenommen werden. In die Kalkulation miteinbezogen werden sollen auch die sinkenden Schülerzahlen. Für kommenden Herbst geht die Schulleitung nur mehr von 116 Schülern aus. Die NMS Alland hat laut Bürgermeister Köck zwar einen guten Ruf, aber viel Konkurrenz (Mödling, Pressbaum, Baden etc.). Gf.GR Perl ergänzt, dass die letzten Kostenschätzungen der NMS-Sanierung bei rund 4,5 Mio. € zu liegen kamen. Ein Neubau mache daher unter Ausreizung aller Förderungen durchaus Sinn. Er sei hier der gleichen Meinung wie der Bürgermeister aus Klausen-Leopoldsdorf. Gf.GR Rapold und GR Hirschhofer geben zu bedenken, dass diese zusätzlichen Kosten in weiterer Folge auch von den Gemeinden finanziert werden müssten. Am Beispiel der Musikschule Weißenbach/Tr. habe sich gezeigt wie gut eine Modernisierung für das Image einer Schule ist. GR Burger erinnert an dieser Stelle an Diskussionen im Schulausschuss in früheren Jahren, damalige Überlegungen für einen Neubau wurden seitens Bgm. Lameraner stets abgelehnt.
- ✓ Der neue Spielplatz, welcher im Garten der VS Alland im Frühjahr mit Unterstützung des Bauhofs errichtet wird, soll bereits am 23. Juni 2016 von Frau Landesrätin Barbara Schwarz offiziell seiner Bestimmung übergeben werden. Der Bürgermeister lädt alle Gemeinderäte und Interessenten zur Teilnahme ein.
- ✓ Gf.GR Perl berichtet über eine rege Teilnahme bei Verkehrsausschuss-Sitzungen in den vergangenen Monaten. Der Ausschuss hat sich darauf verständigt, dass die innerörtliche Verkehrsberuhigung im Fokus der nächsten Jahre stehen soll. Als erste Maßnahmen sollen Markierungen entlang der Hauptstraßen eine optische Verschmälerung bewirken. Die derzeitigen Durchschnittsbreiten der Bundesstraße B11 und L110 bzw. B210 liegen zwischen 7,60 und 7,80 m. Diesbezügliche Gespräche wurden seitens des Bürgermeisters Köck mit HR Dipl. Ing. Helmut Salat vom NÖ Straßendienst bereits aufgenommen. Den Markierungen sollen ab 2017 (vorerst nur auf der B11) bauliche Maßnahmen folgen. Die Vorschläge von DI Paikl beinhalten unter anderem Straßenverschmälerungen auf 6,50 m Breite, bewerkstelligt werden soll das unter anderem mit Hilfe von Bordsteinkanten-Verlegungen, Pflasterstein-Gurten usw. Die erste Bauetappe soll beginnend von der Kreuzung am Hauptplatz bis zur Volksschule Alland umgesetzt werden. Danach müsste sich auch eine Geschwindigkeitsreduktion einstellen. Die Aufstellung eines Radars soll schon bei der nächsten Verkehrsverhandlung angeregt werden.

Der Bürgermeister dankt den Zuhörern für das Interesse, verweist auf die nächste GR-Sitzung am 29. Juni 2016 um 19 Uhr und leitet sodann zum nicht öffentlichen Sitzungsteil über.

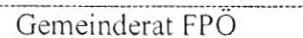
Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Sitzung am 29. 6. 2016 genehmigt.

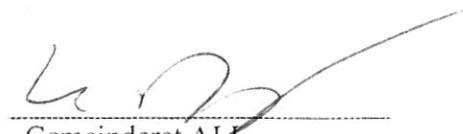

Bürgermeister


Schriftführer


Gemeinderat ÖVP


Gemeinderat SPOUBA


Gemeinderat FPÖ


Gemeinderat ALL